
Warum wir uns die Reichen nicht leisten können

Rezension von: Andrew Sayer,
Warum wir uns die Reichen nicht leisten
können, C. H. Beck, München 2017,
477 Seiten, gebunden, € 27,95;
ISBN 978-3-406-70852-7.

Auf die Frage eines Kindes, wie man denn reich wird, wird gern mit einer Floskel geantwortet: Wenn du hart genug dafür arbeitest! Das widerspiegelt kaum die Realität, denn die harte Arbeit einer Krankenpflegerin, eines Bauarbeiters oder einer alleinerziehenden Mutter, die im Supermarkt arbeitet, wird nicht mit Reichtum entlohnt.

Die globale Vermögenskonzentration ist erschreckend. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt die Hälfte des Weltvermögens.¹ Dieses Auseinanderklaffen von Arm und Reich ist keine Ausnahmeerscheinung, das sich auf autoritäre Staaten oder Diktaturen beschränkt, sondern ist genauso in Demokratien zu finden. Selbst nach der Finanzkrise 2007ff ändert sich nichts daran, dass die Reichen immer reicher werden. Die unteren 99% scheinen machtlos gegenüber der finanziellen Ausstattung der Reichen und dem fehlenden Gehör der Politik, um etwas an dieser historischen Schieflage und ihrer Verschärfung zu ändern. Aber nicht nur weltweit ist die Vermögensungleichheit gravierend, auch in Österreich besitzt 1% der Bevölkerung etwa 41% des privaten Nettovermögens.²

Sollte uns diese konzentrierte Kontrolle von Vermögensbeständen und Einkommen Sorgen bereiten? Welche Folgen daraus für die Menschheit re-

sultieren bzw. „warum wie uns die Reichen nicht mehr leisten können“, beantwortet Andrew Sayer in seinem Buch, das nicht nur einen kritischen Blick auf den Kapitalismus in seiner vorherrschenden Form wirft, sondern auch das Aufhalten des Klimawandels als größte globale Herausforderung damit verknüpft. Der Autor, Professor an der Sussex University, ist Soziologe und politischer Ökonom.

Sayer stellt in seinem Buch klar, dass es nicht darum geht, eine Neiddebatte zu führen, sondern die systematische Ungerechtigkeit aufzuzeigen und die Legitimität von solch konzentriertem Reichtum zu hinterfragen. Als Ursache wird der Neoliberalismus identifiziert, der die Vorstellung von „freien“ Märkten als Optimalform in allen Wirtschaftsbereichen, Marktrationalismus im Denken und Handeln und das Vergessen der Klassenstruktur zur Folge hat.

In fünf Kapiteln werden so eine Reihe von Themen besprochen, beginnend mit der Frage, wie Reichtum abgeschöpft werden kann. Dazu gibt es am Beginn des Buches viele Fakten und Begriffe, die erklärt werden. Weiters werden zahlreiche Zusammenhänge, die in der öffentlichen Meinung als „logisch“ angesehen werden, auf ihre Gültigkeit hin überprüft.

Die essenziellste Begrifflichkeit des Buches ist die von verdientem und unverdientem Einkommen. Ersteres bezieht sich auf die Arbeit und die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die direkt oder indirekt zur Erzeugung von Gebrauchswerten beitragen. Als unverdient wird hauptsächlich abgeschöpftes Einkommen verstanden: Wenn jemand ein vorhandenes Gut besitzt, dessen Rechtfertigung einzig auf Macht basiert, wie z. B. Grundstü-

cke, Immobilien oder Betriebsmittel, kann er bzw. sie deren Nutzung anderen in Rechnung stellen. Anders als bei verdienten Einkommen entsteht hierbei keine Wertschöpfung. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn andere mehr produzieren, als sie konsumieren, folglich einen unbezahlten Überschuss schaffen.

Über Gewinne, Mieten oder Zinsen können diese Personen ökonomische Renten, folglich den Wohlstand, abschöpfen. Diese sogenannten Rentiers beziehen ihr unverdientes Einkommen aus bestehenden Vermögenswerten und Ressourcen. Und das, obwohl der gesellschaftliche Wohlstand vorangegangenen Technologien, Innovationen, Institutionen und Gemeingütern, wie Grund und Boden mit ihrer Umwelt und Rohstoffen, aber auch Kultur usw. geschuldet und nicht den Rentiers zu verdanken ist. Dass einige wenige diesen alleine abschöpfen, ist bedenklich. Noch dazu wird heute verdientes Einkommen viel stärker als unverdientes Einkommen besteuert.

Sayer deckt auch gleich zu Beginn das Bild von der SparerIn, die ihr Geld zur Bank bringt, und der Bank, die in weiterer Folge aus den kumulierten Spareinlagen Kredite vergibt, als ein falsches auf. Kredite sind Geld aus dem Nichts. Banken können quasi schrankenlos Kredite vergeben. Des Weiteren streicht er die soziale Beziehung zwischen GläubigerIn und SchuldnerIn als ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis heraus. Die Kreditgebenden erlangen eine ökonomische Vorherrschaft, die es ihnen ermöglicht, die Kreditnehmenden unter eine Schuldknechtschaft zu stellen, wenn sie nicht das Wachstum kreieren, um den Kredit plus Zinsen zurückzuzahlen.

Reiche schaffen Arbeitsplätze, heißt es. Aber ist das wirklich so? Scheinbar nicht, denn wären in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung von Arbeitsplätzen und jene der Vermögenskonzentration bzw. Anzahl der Reichen aneinandergeschnitten gewesen, so müssten wir Unmengen an Arbeitsplätzen haben. In erster Linie ist das nämlich davon abhängig, wo der Reichtum investiert wird, in der Finanz- oder der Realwirtschaft. Und wenn sie in Letzterer landen, kann der Effekt in beide Richtungen gehen: Geld für neue MitarbeiterInnen oder für eine Maschine. Gesamtwirtschaftlich gesehen, hängt die Zahl der Arbeitsplätze von der Nachfrage ab. Auf *trickle-down* ist hier kein Verlass. Denn externe AnlegerInnen denken kurzfristig und sind nicht mehr daran interessiert, dass Unternehmen produktive Investitionen tätigen, sondern die verdienten Gewinne an sie ausschütten. Diese Entwicklung stellt eine Gefahr für die Einkommen der Arbeitenden dar.

Im zweiten Kapitel wird die Verteilung des Reichtums behandelt. Der Autor weist auf die naive Annahme hin, dass die Bezahlung der Arbeitskraft das Entgelt des individuellen Beitrags sei und abhängig von Qualität und Effizienz. Das Gegenteil belegen weltweite Lieferketten, wo eine Kaffeebäuerin einen Bruchteil dessen bekommt, was im Großhandel verdient wird. Aber auch die ungleiche Bezahlung abhängig vom Geschlecht oder der ethnischen Herkunft verdeutlicht das. Besonders der Arbeitsmarkt folgt überhaupt nicht der neoklassischen Marktlogik. Schon bevor überhaupt die Arbeitskraft angeboten wird, ist sie aufgrund schwacher sozialer Mobilität längst von einer Ungleichheit geprägt. Allerdings sehen besonders Privile-

gierte diese Diskrepanz nicht und befeuern den Mythos der Chancen- und Wettbewerbsgleichheit in der öffentlichen Debatte. Solange nicht erkannt wird, dass Einkommensungleichheit nicht primär leistungsabhängig ist, wiegen wir uns in der Vorstellung, wir leben in einer ökonomisch gerechten Welt.

Warum die Reichen immer reicher werden und wie es zur Konzentration des Vermögens kommen konnte, ist Thema des dritten Kapitels. Hier erfolgt auch eine systemische und historische Analyse der Wirtschaftskrise. Die Nachkriegszeit war geprägt von einem Wirtschaftsboom, bedingt durch den Produktionskapitalismus. Der Finanzsektor erfüllte seine absolut notwendige Funktion der Allokationseffizienz für die Realwirtschaft, nämlich ineffiziente Mittel dorthin zu verschieben, wo sie besser genutzt werden können.

Doch mit dem Ende von Bretton Woods und der Liberalisierung der Geldschöpfung kam es zu einer Verschiebung hin zum Rentierkapitalismus. Den Gewerkschaften wurde die Schuld an der hohen Inflation gegeben. Die Löhne entkoppelten sich von der Produktivität, da immer mehr Gewinnausschüttungen gefordert wurden. Damit erfolgte eine Vernachlässigung der Eigenkapitalstärkung. Die Zinsen wurden angehoben, was die asymmetrische Verteilung von Kapitaleinkommen intensivierte. Viele Arbeitsplätze in gewerkschaftlich organisierten Betrieben gingen verloren. Aufgrund der schwach steigenden Löhne kam es zu einem Rückgang der Nachfrage. Die gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen und Verbraucherkredite, Kreditkarten und Hypotheken stabilisierten den Haushaltskonsum. Die Reichen sicherten sich ihren Anteil am

Wachstum in Form von Spitzengehältern, Dividenden und sonstigen Kapitalgewinnen, während ihre Steuern gesenkt und Sozialleistungen für gering Verdienende abgebaut wurden.

Die Rechtfertigung dafür lautet: Wenn die Reichen reicher würden, dann gäbe es mehr Wohlstand. Wozu John Maynard Keynes einst schon sagte: „Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“ Viele Firmen entschlossen sich, Geld in Finanzprodukte zu stecken, da die Rendite auf produktive Investitionen in der Realwirtschaft kleiner war. Finanzinstitute erzeugten viel Buchgeld und so ein hohes Schuldenwachstum, welches zu einer Inflation von Vermögenswerten, wie Immobilien, führte. Das Verkaufen von zukünftigen Zahlungsströmen aus Hypotheken mittels Verbriefung und deren fragwürdige bzw. undurchsichtige Bewertung durch Ratingagenturen verursachten eine toxische Mischung, die an ihrem Höhepunkt zum Platzen der Blase und Ausbruch der Finanzkrise 2007 führte.

Die Hauptgewinner der Krise sind die Reichen selbst. Die milliardenschweren staatlichen Bankenrettungen werden ausgeschüttet, die Vorstandsgehälter selbst während der Krise erhöht und Boni-Zahlungen weiterhin geleistet. Das hochriskante System mittels *Leverage*, sprich der Aufnahme von zusätzlichem Fremdkapital, den Kauf von Vermögenswerten zu befördern, treibt die Vermögenspreise in die Höhe. Dies hat die Verschuldungsquote von manchen Finanzinstituten extrem in die Höhe getrieben und somit entscheidend zur Krise beigetragen. Anstatt Risiken zu minimieren, schafft

das Finanzsystem immer mehr Risiken, und Geld wird aus den produktiven Geschäftszweigen abgezogen.

Teil vier des Buches widmet sich den gesellschaftlichen Auswirkungen der Reichtumskonzentration. Am Ende der Krise steht der öffentliche Sektor als Sündenbock dar. Die Finanzeliten stürzen ganze Volkswirtschaften in eine tiefe Rezession, und andere müssen dafür zahlen. Aber wie geht das? Einerseits, weil sich die neoliberal-kapitalistische Weltanschauung bei der Bevölkerung und den politischen EntscheidungsträgerInnen durchgesetzt hat. PolitikerInnen gehören entweder selbst der Kaste der Reichen an oder liegen ihr zu Füßen, während sie den Bezug zur Mehrheit der Wählenden verloren haben. Andererseits, weil der Staat erpressbar ist. Der unzureichend regulierte Finanzsektor ist *too-big-to-fail*, und mittels Parteispenden bekommt man Politik gegen Geld.

Es herrscht Plutokratie, die Herrschaft des Geldes. Diese ermöglicht es auch, den Reichtum vor Steuer und Regulierung zu verstecken. Großkonzerne agieren so, als ob es keine Regeln gäbe, und die Politik sorgt dafür, dass sie das tun können. Beleg dafür sind beispielsweise die unzähligen Verflechtungen britischer RegierungspolitikerInnen mit *Private-Equity*-Firmen, Investmentfonds oder Hedgefonds. Aber auch Diktatoren und korrupte lokale Eliten nutzen Steueroasen, um damit beispielsweise Entwicklungsgelder abzusaugen und Vermögen außer Landes zu bringen. Das ist der Sieg der Plutokratie über die Demokratie. Und in Plutokratien ist das Gesetz nicht unparteiisch.

Die *Mainstream*-ÖkonomInnen liefern mit dem Narrativ von freien und effizienten Märkten die Argumentations-

basis für die Deregulierung. Machtverhältnisse werden komplett ausgeblendet. Technokraten aus Wirtschaft und auch Wissenschaft in der Politik suggerieren, dass Probleme rein technischer Art sind, die man mit Drehen an einigen Stellschrauben beheben kann. Das Beispiel Goldman Sachs und die Wechsel der „WirtschaftsversteherInnen“ in Minister- und Zentralbankämter zeigen einen bemerkenswerten Erfolg des Finanzsektors, nämlich seine Überwachung in die eigene Hand zu nehmen. Der „Finanzsektor wird denen überlassen, die ein Interesse daran haben, ihn nicht in Ordnung zu bringen“ (S. 325).

Der Klassenkampf wird als linkes Projekt gesehen, worüber selbst Linke schweigen. Die Arbeiterklasse wird geleugnet, denn es gibt keine Klassen, sondern es ist alles nur eine Frage des Charakters und der eigenen Leistung. Der Wohlfahrtsstaat von heute wird nicht mehr als gesellschaftliche Errungenschaft angesehen, sondern als Last, der nur von Menschen gebraucht wird, die sich nicht anstrengen und uns auf der Tasche liegen. Es werden Feindseligkeiten, z. B. gegenüber Armen und ImmigrantInnen, geschürt, um von den Reichen abzulenken, die dann beispielsweise im Sinne des Philanthropismus als WohltäterInnen auftreten, anstatt Steuern zu zahlen, worauf diese finanziellen Mittel basierend auf einer demokratischen Entscheidung Verwendung finden könnten.

Das letzte Kapitel wartet mit dem Einfluss der Reichen auf die globale Erwärmung auf, die Sayer als die größte aller Herausforderungen darstellt. Geld wird als Maßstab des persönlichen Wertes angesehen, weshalb der Konsum nicht bloß der Bedürfnisbefriedigung, sondern auch als Abgrenzung

gilt. Durch die Zuschaustellung und Nutzung von exklusiven, teuren Gütern oder Dienstleistungen kann man sich somit vom Rest abheben. Doch Zufriedenheit ist davon abhängig, woran sich Leute gewöhnt haben und vom Vergleich mit anderen. Die Ungleichheit muss reduziert werden. Allerdings bedeutet das nicht, dass eine Verringerung des Einkommens von Reichen eine Verringerung ihres Wohlergehens bedeuten muss. Klar ist, dass wir uns diesen konsumintensiven Lebensstil der Reichen nicht mehr leisten können. Der dadurch entstehende Ressourcenverbrauch ist absurd hoch.

Es gilt, dass mit zunehmendem Reichtum von Personen deren Emissionen steigen. Global gesehen sind 7% der Weltbevölkerung für 50% der Treibhausgase verantwortlich. Wir stehen vor einer unheimlich großen Herausforderung, der globalen Erwärmung. Die Lösung ist bekannt: die Reduktion von Treibhausgasen. Die internationale Kontingentierung von Treibhausgasen scheint der einzig plausible Ausweg zu sein. Notwendig für eine nachhaltige Entwicklung sind weniger Konsum, eine De-Globalisierung und lokales Wirtschaften.

Am Ende des Buches macht Sayer drei Vorschläge. Erstens soll es eine Rückführung der Gewinne aus Privatisierung von Natur und Raum an die Gesellschaft geben, entweder über Boden- und Ressourcenverstaatlichung oder eine ausreichende Besteuerung. Die Abschaffung von Eigentum ist nicht das Ziel, sondern das Zurechtrücken von Eigentumsrechten – das Privatisieren von Gemeingütern und die Verstaatlichung von toxischem Vermögen sollen beendet werden.

Zweitens muss der Finanzsektor auf seine eigentliche Funktion, die Kredit-

vergabe für produktive Investitionen, reduziert werden. Eine umfassende Regulierung ist notwendig, die Zerschlagung von zu großen Banken und die Trennung des Investment- vom Bankengeschäft.

Drittens soll die Entscheidungsmacht darüber, was mit den Gewinnen aus Unternehmensbesitz passiert, auch auf jene verteilt werden, die produzieren. Damit soll das Ende der *Shareholder-Value*-Bewegung eingeläutet werden und eine Demokratisierung des Eigentums vorangetrieben werden. Wenn die Belegschaft eines Unternehmens mitentscheiden dürfte, würde das Interesse an einer langfristigen Planung, an Innovation und an Fortbildung des Personals in den Vordergrund rücken, so die These Sayers. Ob sich das in der Realität so verhielte, ist allerdings fraglich.

Außerdem fordert er eine Reihe von weiteren Maßnahmen, wie eine globale Vermögenssteuer, einen globalen Mindestlohn in der Höhe von zwei Drittel des Medianeinkommens, Erbschafts- und CO₂-Steuer, Arbeitszeitverkürzung und den Wiederaufbau und Ausbau des Wohlfahrtsstaates.

Insgesamt geht es um eine Rückbesinnung darauf, was Wirtschaft tun soll, nämlich Menschen versorgen. Wertschöpfung muss über Wertabschöpfung gestellt werden. Die politische und ökonomische Vorherrschaft der Reichen muss gebrochen und die Demokratie vehement gestärkt werden. Sayer selbst gibt zu, dass seine Forderungen utopisch seien, „aber weshalb sollten wir uns nicht auf diesen Weg machen?“ (S. 420).

Die grundlegende Einsicht aus diesem Buch ist, dass wir so wie bislang nicht weitermachen können. Sayer fordert eine gerechtere Gesellschaft und

eine Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das auf Ungleichheit und unbegrenztem Wachstum beruht. Der Kapitalismus hat seine guten Seiten, wie den nie zuvor dagewesenen technologischen Fortschritt. Allerdings hat die Vergangenheit gezeigt, dass der Kapitalismus ohne tiefreichende staatliche Eingriffe nicht für Nachhaltigkeit und Fairness sorgt.

Sayers Ausführungen über die Zukunft des Kapitalismus fallen ambivalent aus. Einerseits könne dieser, so Sayer, unsere Probleme nicht lösen und intensiviert sie, andererseits fordert der Autor eine andere Art des Kapitalismus, sprich eine Modifikation des Wirtschaftssystems, jedoch keine Abkehr davon.

Wie seine Utopie realisierbar sein könne, beantwortet er eher implizit, nämlich über ein Wiedererstarken des Klassenbewusstseins in der Gesellschaft. Indem er Rentiers und KapitalistInnen enttarnt, die sich als fleißige UnternehmerInnen ausgeben, oder das moderne *Framing* der „Wir sind die 99%“ verwendet, appelliert er immer wieder an dieses Bewusstsein.

Die wirtschaftssystemische Analyse und ihre Verknüpfung mit der Klimaerwärmung sind sehr clever gemacht und bringen eine interessante Ergän-

zung in die inhaltliche Reichtumsdebatte. Das Buch richtet sich auch an die nicht-akademische LeserInnen-schaft und ist verständlich geschrieben. Aber insbesondere für Studierende und Forschende kann es eine sehr interessante Bereicherung darstellen. Die Mischung aus wissenschaftlichem Faktenmaterial und Streitschrift ist äußerst gut gelungen und regt zum Nachdenken an. Die Botschaft ist klar: Für eine gerechtere Wirtschaft und Gesellschaft!

Christoph Prenner

Anmerkungen

¹ Oxfam Deutschland (2018).

² Ferschli et al. (2017).

Literatur

Ferschli, B.; Kapeller, J.; Schutz, B.; Wildauer, R., Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich: Simulation, Korrektur und Besteuerung (= ICAE Working Paper Series 72, Linz 2017).

Oxfam Deutschland, Der Preis der Profite (2018); online: https://www.oxfam.de/system/files/factsheet_deutsch_-_der_preis_der_profite_-_zeit_die_ungleichheitskrise_zu_beenden.pdf (abgerufen am 29.4.2018).